



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Buchheim, Karl: Der sozialdemokratische Parteitag

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der sozialdemokratische Parteitag

Von Dr. Karl Buchheim



vor zwanzig Jahren knüpften sich an den Namen Eduard Bernsteins mancherlei Hoffnungen auf eine Mauerung der Sozialdemokratie. Denn er war der Vorkämpfer des sogenannten Revisionismus, einer Richtung, die über Auslegung und Fortbildung der Lehre von Karl Marx und über das Erfurter Programm etwas anderer Ansicht war, als die von Kautsky geführte Parteiorthodoxie. Die Revisionisten wollten stärker die Mitarbeit der Partei am Ausbau des Gegenwartstaates betonen, sie glaubten nicht mehr an die Revolutionsromantik und die schier chiliastischen Hoffnungen auf die zukünftige soziale Republik. Vielleicht glaubten sie überhaupt nicht mehr, daß diese Republik in Deutschland je kommen würde. In dieser Beziehung haben sie unrecht behalten, aber von romantischem Glanz zeigt die Republik keine Spur, und die Sozialdemokratie brauchte heute weite Arbeiterkreise weniger zu enttäuschen, wenn sie ihre Anhänger schon früher mehr an Gegenwarts politik im Sinne der Revisionisten gewöhnt hätte. Aber damals auf dem Dresdener Parteitag wurden die Revisionisten „an die Wand gedrückt“, ein Mann wie Bernstein wurde in der Folgezeit in der Partei mannigfach schikaniert; man machte ihm sogar seinen Broterwerb als Schriftsteller nach Kräften sauer. Heute haben sich die Zeiten gründlich gewandelt: die Sozialdemokratie muß praktische Gegenwartarbeit in der schwersten politischen Lage unseres Reiches leisten, sie muß regieren, darf nicht mehr schimpfen und verdrösten. Heute sitzen die Führer der Partei in den maßgebenden Reichsstellen; die Not der Zeit schreibt ihnen Gesetze vor, um das Programm können sie sich nicht viel kümmern. Heute kann auf dem Weimarer Parteitag der Sprecher des Parteivorstandes selber, Otto Wels, ohne Widerspruch zu finden, erklären, man stände zwar noch auf dem Boden des Erfurter Programms, aber man verschließe sich der Reformbedürftigkeit dieses Programms nicht. Dafür tritt Eduard Bernstein als Anwalt einer auswärtigen Politik auf, die mit beiden Füßen in Wolkenfuchtsheim steht, und die der Parteitag nicht nur als unpraktisch, sondern geradezu als reichs- und volkschädlich ablehnen muß.

In der Tat bedeutet der Parteitag einen weiteren Schritt auf dem Wege zur positiven aufbauenden Arbeit in der politischen Gegenwart, auf dem sich die Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 befindet. Was die wohlherwogenen Gründe der Revisionisten nicht vermochten, das brachte damals die Überzeugungskraft der Tatsache des Weltkrieges zuwege: die Befehung der Partei von der Revolutionspredigt zur politischen Arbeit. Freilich läßt sich eine fünfzigjährige Vergangenheit nicht ohne weiteres verleugnen: die „Unabhängigen“ machten die Befehung nicht mit und spalteten sich ab. Doch ließ sich Scheidemann von der verbleibenden Parteimehrheit auf dem Würzburger Parteitag die Politik des 4. August ausdrücklich bestätigen. Aber nun kam die Revolution und die Berufung zur Regierung. Jetzt muß die Sozialdemokratie die Polizei handhaben, muß Aufstände militärisch niederwerfen, muß nationale Töne anschlagen und sogar auf Arbeitgeberinteressen Rücksicht nehmen. Das sind die Genossen im Volke nicht gewöhnt. Die paradiesischen Zustände des Zukunftstaates, wo der Arbeiter ein freier Herr ist, wollen nicht kommen. Die eben erst zur Partei gelaufenen Landproletarier verstehen nicht, weshalb in den Besitzverhältnissen auf dem Lande einstweilen alles beim alten bleibt. Die Volksschullehrer, die ihre Angelegenheiten gern für besonders wichtig halten, sind enttäuscht, wenn nicht alles gleich nach ihrem Kopfe geht. Es besteht Gefahr, daß alle diese Anhänger zu den Radikalen der äußersten Linken überlaufen. Darum fühlt sich die Partei in ihrer verantwortlichen Rolle gar nicht recht wohl. Es sammelt sich Zündstoff an gegen die Parteiführer in den Regierungssesseln. Man kritisiert, nur um die Vergangenheit nicht zu verleugnen, man macht bange vor der Gegenrevolution,

nur um die eigene Gesinnungstüchtigkeit zu demonstrieren. Wenn der Arbeiter die herkömmlichen Redensarten nur noch in der unabhängigen Presse zu lesen bekäme, würde er es ja nicht glauben, daß die S. P. D. die echte Nachfolgerin der Partei Bebel's wäre.

Die Gefahr war nicht gering, daß der Parteitag der populären Stimmung einige Genossen, die besonders im Geruche stehen, daß die Ministerherrlichkeit bei ihnen der Gesinnungsfestigkeit geschadet habe, zum Opfer gebracht hätte. Es lagen Anträge vor, die der Regierung ein Mißtrauensvotum aussprachen. Insbesondere Noske sollte zur Niederlegung seines Amtes gezwungen werden, die Genossen von Münster wollten ihn sogar aus der Partei ausschließen. Aber der Parteitag hat den Mut gehabt, die Regierung nicht fallen zu lassen, sondern sich mit sehr großer Mehrheit ausdrücklich zu ihr zu bekennen. Er sichert ihr „kräftigste Unterstützung zu bei der Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden“. Er gibt zwar den Kritikern recht, daß viele Fehlgriffe und Unterlassungen „berechtigten Unmut“ erweckt hätten, — das ist die kleine Libation, die statt der erhofften Dekatombe den zürnenden Göttern der Unterwelt gebracht wird! —, ermahnt aber die Parteigenossen dringend, „den Unwert von Kritikern zu erkennen, die von verantwortungslosen Leuten nur zu dem Zweck geübt werden, unsere Partei und unsere Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen“. Nur werden die Minister ausdrücklich angewiesen, auf den Gebieten der Verwaltung, der Schule und Kirche, des Heerwesens und des Wirtschaftslebens möglichst für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Programms zu sorgen. Gerade Noske, der Vielgehaßte, hat es verstanden, dem Parteitag diese Haltung besonders zu erleichtern durch seine Enthüllungen über die Versuche der Unabhängigen, die Freiwilligentruppen heimlich für sich zu gewinnen, die sie öffentlich als Bluthunde und Schergen der Gegenrevolution beschimpfen. Noske, der ohne Zweifel der Retter und die eigentliche Stütze der gegenwärtigen Regierung ist, hat durch seine Rede in Weimar auch die Partei vor ihrer eigenen Feigheit, vor der Angst, von der linksradikalen Konkurrenz überholt zu werden, vor den Gespenstern der eigenen allzu negativen Vergangenheit, die man jetzt verleugnen muß, gerettet. Er durfte mit Recht die Parteigenossen auffordern, endlich einmal einen Funken von der Courage zu zeigen, die er gehabt habe, und sich nicht von jedem Spektakel der Unabhängigen ins Vordhorn jagen zu lassen. Diesmal hat, wie gesagt, Noskes Geschick, die Enthüllung über die Unabhängigen zur rechten Zeit zu bringen, dem Parteitag das Bekenntnis zur Regierungspolitik leicht gemacht. Er hat damit bekundet, daß die Politik des 4. August fortgesetzt werden soll, die Politik, die zwar das Programm und die Internationale hochhalten will, aber doch in erster Linie im Guten wie im Bösen zum eigenen Volke stehen will. Als Eduard Bernstein den 4. August 1914 als den schwärzesten Tag seines Lebens bezeichnete und behauptete, Millionen von Menschen wären weniger gefallen oder verkrüppelt, wenn die Sozialdemokratie die deutschen Kriegskredite verweigert hätte, antwortete ihm stürmischer Widerspruch und lautes Lachen. Bernstein hat eine ganz unglaubliche Rede gehalten. Er ist von der Kriegsschuld Deutschlands überzeugt, aber Lloyd George und Poincaré haben seiner Meinung nach alles getan, um den Krieg zu verhindern. Neun Zehntel der feindlichen Friedensbedingungen hält er zwar nicht für berechtigt, wie er nachträglich feststellte, aber für notwendig. Mit Belgien und Frankreich, die durch den Krieg fürchtbar mitgenommen seien, hat er tiefes Mitleid. Hier rief ihm Noske zu: „Für Ostpreußen habt Ihr nicht ein Wort gehabt, Deutschland ist Euch nichts!“ Als er darauf erwiderte, der deutsche Generalstab habe Ostpreußen gegen guten Rat preisgegeben, quittierte ihm Noske unter lebhaftem Beifall mit dem Zuruf: „Ist das ein dummes Geschwäg!“ Bernstein, der in der inneren Politik einst dem Revisionismus das Wort redete, war in auswärtigen Fragen schon vor dem Kriege ein gläubiger Apostel der Sorte von Pazifismus, den besonders die Engländer in andere

Völker exportieren, um sie für die britische Weltherrschaft innerlich reif zu machen. Dieser Internationalismus dient einseitig den Interessen der Westmächte und ist leider fanatisch genug, auf die Interessen des eigenen deutschen Volkes gar keine Rücksicht zu nehmen. Der Parteitag hat aber Bernsteins Anschauungen völlig abgelehnt. Er will auch in der auswärtigen Politik den Internationalismus sans phrase revidieren. Scheidemann hat in seiner großen Programmrede ein Bekenntnis zum praktischen, das deutsche Volk wirklich fördernden Sozialismus abgelegt, das auch für die auswärtige Politik Geltung gewinnen muß: „Wir müssen in Zukunft jede Maßnahme darauf ansehen, nicht nur ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktische ist, und wir dürfen uns nur für solche Maßnahmen entscheiden, von denen wir mit ruhiger Zubericht eine Förderung des Volkes, des arbeitenden Volkes erwarten dürfen.“ Damit ist zweifellos auch der Internationalismus Bernsteinscher Art abgelehnt.

Auch Scheidemann wünscht eine auswärtige Politik nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit: Macht vergeht, Recht besteht! Die Regierung wolle nicht um den Frieden feilschen, um ein paar Nachteile weniger in Kauf nehmen zu müssen. Sie mache nicht Zugeständnisse, weil sich Deutschland als der Schwache vor den Starken ducken müsse, sondern weil sie sich zu der Überzeugung durchgerungen habe, daß nicht alle Forderungen der Gegner unberechtigt sind. Wären wir die Sieger und lägen die Gegner am Boden, dann müßten wir seiner Ansicht nach erst recht das zerstörte Frankreich und Belgien auf unsere Kosten aufbauen. Man kann natürlich auch hier wieder sagen, mit solchen Äußerungen liefere der Reichsministerpräsident den Feinden Argumente. Doch wird man damit nie Eindruck auf Scheidemann machen und wird ihm auch nicht gerecht. Der rechtsstehenden Presse ist die Politik gut, die Deutschland Vorteil bringt. Nach Meinung der Alldutschen kann man in der Politik nur Hammer oder Amboss sein. Scheidemann dagegen hofft, die Völker für das Ideal der Gerechtigkeit zu begeistern, sie zu der Einsicht zu überreden, daß bei gegenseitiger Rücksichtnahme und Gerechtigkeit der Weltfrieden allein gesichert und dem wahren Vorteil jedes einzelnen Volkes, auch wenn es im Augenblick benachteiligt erscheint, am besten gedient sei. Unsere gegenwärtige Regierung will prinzipiell zugestehen, daß Belgien und zum Teil auch Frankreich, auf dessen Boden der Krieg geführt worden ist, von uns Unrecht geschehen ist. Auch der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg hält in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ (I Seite 168) seinen vielbefehdeten Ausspruch vom 4. August 1914 vom „Unrecht“ gegen Belgien ausdrücklich aufrecht. Die Regierung handelt in dieser Beziehung in ihrer auswärtigen Politik nach einem Grundsatz, der allerdings unerprobt ist, der aber doch gradlinig ein Ziel verfolgt, nämlich das Ziel, durch das Beispiel einer Gerechtigkeit auch auf eigene Kosten, wenn es sein muß, die andern Völker zur Achtung und durch moralischen Zwang schließlich zur Nachahmung zu zwingen. Diese Politik enthält immerhin einen einheitlichen großen Grundgedanken, und ich möchte hier nur feststellen, daß sie auf so völlig anderen Grundlagen beruht, als die nationalistische auswärtige Politik, wie sie zum Beispiel die Alldutschen empfohlen haben, daß es keinen Zweck hat, vom nationalistischen Standpunkte immer wieder über Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen abzuurteilen. Die Sozialdemokratie greift ein großes Unternehmen an: sie will das Beispiel einer moralischen, unegoistischen auswärtigen Politik geben. Sie wird dieses Beispiel schwerlich durchführen können, weil die materialistische Gesinnung, in der sie ja selber die Arbeiterklasse bestärkt hat, immer wieder bald eine egoistische Politik erzwingen wird. Noch spüren die Arbeiter nicht die Fremdherrschaft der Westmächte am eigenen Leibe. Wenn sie sie spüren werden, dann wird die Hinwendung zum Nationalismus sehr bald erfolgen. Auch der Bolschewismus in Rußland und Ungarn ist nationalistisch geworden. Nur eine religiöse Erziehung der Völker wird die Welt allmählich für eine Politik internationaler Gerechtigkeit reifer machen. Die Sozialdemokratie, die das Christentum haßt und ersetzen möchte, wird dadurch gekraft werden, daß ihre internationalen Ideale durch die Klassenhaßpropaganda, durch die Erziehung zum

Egoismus, die von ihr selber ausgeht, zerlegt werden. Diesmal hat der Parteitag Scheidemanns auswärtige Politik, der ich, wie gesagt, den großen Grundgedanken nicht absprechen möchte, begeistert gut geheißt. Die sogenannte „Continentalpolitik“, die Cohen-Reuß empfiehlt, und die eine Spitze gegen die Angelsachsen enthält, hat er abgelehnt, weil sie in der Tat jetzt ganz unmöglich in ihren Voraussetzungen ist. Aber die Zeit wird vielleicht kommen, wo die Arbeiterklasse selber die Partei zu einer nationalistischen Politik zwingen wird. Denn den Egoismus der Menschennatur wird die Sozialdemokratie nicht mildern. Dazu gehören ganz andere Kräfte.

In der inneren Politik hat sich Scheidemann erneut zu den Grundsätzen der Demokratie bekannt und die Diktatur des Proletariats verworfen. Die sozialdemokratische Partei soll nicht mehr eine Partei der Lohnarbeiter in erster Linie sein, sondern die „praktische Interessenvertretung aller körperlich und geistig arbeitenden“. Das ist ein Zeichen dafür, wie gern die Partei innerhalb der bürgerlichen Klassen Boden gewinnen möchte. Eine reine Lohnarbeiterpartei ist eben für die Regierung unzulänglich. Noske hat auf dem Parteitag die geringen Gehälter akademisch gebildeter Beamter wirkungsvoll den unerschämten Lohnforderungen mancher Arbeiter gegenübergestellt. Wann hätte früher ein Sozialdemokrat so gesprochen! Sogar der Sozialismus selbst ist für Scheidemann kein absolutes Heiligtum mehr. Er ist nicht Zweck an sich, sondern er soll ein Mittel sein, der leidenden Menschheit zu helfen, erklärt er ganz im Sinne von Gustav Steffen.<sup>1)</sup> Das kann doch nur so verstanden werden: da, wo es für die leidende Menschheit zuträglicher ist, nicht sozialistische Politik zu treiben, soll auch von den sozialistischen Grundsätzen einmal abgewichen werden. Der preußische Minister Heine hat scharfe Worte gegen jede schludrige Gesetzgebungsarbeit gesprochen, die man macht, um radikalen Schreibern schnell den Mund zu stopfen. Aus alledem sieht man, daß die Sozialdemokratie viel lernt, seit sie an der Regierung ist. Auch patriotische Töne sucht man im Munde der Parteiredner nicht mehr vergebens. Der Parteivorsitzende Hermann Müller feierte Großdeutschland und die nationale Treue der Arbeiter an der Saar, am Rhein, an der Memel und an der Weichsel. Die schönsten patriotischen Worte fand Otto Wels: „Kein Franzose oder Engländer hätte jemals die alleinige Schuld auf sein Land genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas Großes und Gewaltiges, und wir Deutschen können ihn lernen von den Franzosen, von den Engländern und allen freien Völkern (Stürmischer Beifall). Von ihnen müssen wir lernen, deutsch zu fühlen auch gegenüber einem Clemenceau, diesem Manne von Blut und Eisen im zwanzigsten Jahrhundert, gegen den Bismarck nur ein elender Stümper gewesen ist.“ Wels beginnt sogar, am dem sonst immer verdammtten Kriege gute Seiten zu finden. Er stelle die Nationen auf die Probe und lasse bei ihnen zerfallen, was nicht lebenskräftig sei. Man könnte danach beinahe hoffen, daß auch die Sozialdemokratie noch einmal die Bedeutung des Krieges für die menschlichen Ordnungen begreifen lernen wird, und auch sie vielleicht dem Wort des alten Heraklit, daß der Krieg aller Dinge Vater sei, mehr Verständnis entgegenbringen wird.

Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so hat der Parteitag gezeigt, daß die jetzt viel besprochenen Vorschläge des Reichsministers Wiffell über eine „geordnete Planwirtschaft“: Einrichtung von Zwangssyndikaten in den einzelnen Erwerbszweigen, Aufbau einer Pyramide von Unternehmerkammern und Arbeiterräten bis hinauf zu einem Reichswirtschaftsrat, Überleitung eines großen Teils des Aktienkapitals in Reichsbesitz in der Form der Besteuerung, durchaus nicht bloß bei bürgerlichen Mitgliedern der Regierung Bedenken erregen. Denn die Reichsminister Dr. David und Robert Schmidt sind den Ausführungen Wiffells auf dem Parteitag zum Teil scharf entgegengetreten. Die Sozialisierungsfrage bleibt weiter in der Schwebe und ist eine der schlimmsten Klippen, die die Sozialdemokratie zu umsegeln haben wird.

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Aufsatz „Voraussetzungen der Demokratie“ Grenzboten 1919 Nr. 14.

Großes Interesse brachte die Weimarer Tagung der Parteipolitik entgegen. Man stellte mit Befriedigung fest, daß der Mitgliederbestand der Partei ungefähr wieder die Höhe erreicht habe, die er vor dem Kriege und vor der Abspaltung der Unabhängigen hatte. Man verhehlte sich aber nicht, daß in den Gegenden, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen gegangen sind, der Stand von 1914 noch lange nicht wieder erreicht sei und daß der Zuwachs der Partei größtenteils aus völlig ungeschulten, utopisch gesinnten Mitläufern bestehe, die bei der ersten Enttäuschung leicht unreu werden könnten. Vor solchen Enttäuschungen hat man offenbar große Angst. Selber in der Kritik groß geworden, fühlt man sich jetzt, wo man regieren soll, der Kritik der Unabhängigen und Kommunisten nicht gewachsen. Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die drei sozialistischen Parteien wieder zu einigen. Diese Bestrebungen fanden auf dem Parteitage warme Fürsprache, und die Sozialdemokratie hat sich auch grundsätzlich bereit erklärt, sich mit allen Elementen der radikalen Linken zu einigen, die auf dem Boden der Demokratie stehen. Eine Einigung mit den Kommunisten erklärte der Parteivorsitzende Müller für ausgeschlossen. Die Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen sollen nur zentral von Parteivorstand zu Parteivorstand geführt werden. Eine besondere Einigungskommission wurde abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet eine Niederlage des linken Parteiflügels, der sich von einer Einigungskommission, in der vielleicht Leute wie Bernstein und Davidsohn sitzen könnten, mehr Entgegenkommen gegen die Unabhängigen verspricht als vom Parteivorstand. Die Einigung der sozialistischen Parteien hat wenig Aussicht auf Erfolg. Es scheint in der Tat, als wollte die proletarische Politik Deutschlands endgültig in drei Richtungen auseinandergehen. Die eine will positive nationale Politik in demokratischem und so weit als möglich sozialistischem Sinne treiben. Sie will, wie Scheidemann sagte, alle Maßnahmen nicht nur darauf ansetzen, ob sie sozialistisch sind, sondern auch darauf, ob sie praktisch sind. Für sie soll der Sozialismus nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zur sozialpolitischen Wohlfahrt der Nation sein. In der inneren Politik will sie streng demokratisch sein, in der auswärtigen unbedingt das Prinzip der internationalen Verständigung befolgen, auch wo Deutschland Nachteil davon hat. Der zweiten Richtung ist eine unter allen Umständen sozialistische Staats- und Wirtschaftsordnung die Hauptsache. In auswärtigen Fragen hofft sie auf den Sieg der Weltrevolution in den Entente-Ländern. Zu dieser Richtung gehört der linke Flügel der heutigen Sozialdemokratie und der rechte der Unabhängigen mit Ströbel, Rautsky, Hage, die noch am demokratischen Prinzip festhalten. Der linke Flügel der Unabhängigen (Sedebour, Däumig) gehört mit den Kommunisten zusammen. Hier ist man für Diktatur des Proletariats, rücksichtslose Propaganda des proletarischen Weltimperialismus und sogar schon für einen äußerst gewaltsam auftretenden proletarisierten Nationalismus. Die Grenzen der drei Parteien untereinander dürften sich also noch verschieben, aber die Parteien selber werden vermutlich bleiben.

Die Hauptfrage der Sozialdemokratie in dieser Lage muß sein: werden ihr die Massen weiter folgen, oder werden sie nach links abzuweichen? Darüber kann heute niemand etwas Endgültiges sagen. Die Sozialdemokratie will sich eifrig der Jugendbildung annehmen, um die künftige Generation in ihrem Sinne zu erziehen. Im übrigen hofft der Referent über die Bildungs- und Jugendfragen, Heinrich Schulz, daß die Partei Deutschland nach seinem tiefen Fall durch die große Freiheit des Sozialismus als wirtschaftliches, der Demokratie als politisches Prinzip und bedeutender geistiger Leistungen auf dem Gebiete der Kultur wird erlösen können.

Man darf zugestehen, daß die Sozialdemokratie es in ihrer Weise gut mit dem deutschen Vaterlande meint, und daß viel politischer Idealismus bei ihr Raum findet. Gewiß wird Politik immer etwas zu tun haben mit Interessenvertretung und wird immer die Kunst des Möglichen sein. Aber sie wird überall da verdorren, wo nicht selbstlose Arbeit für die Verwirklichung großer Gedanken in ihr geleistet wird. Solche Arbeit tut den bürgerlichen Parteien not. In dieser

Beziehung sind sie, vom Zentrum abgesehen, der Sozialdemokratie heute unterlegen. Ohne selbstlose Arbeit im Dienste großer Gedanken können Parteien zwar Interessengruppen gewinnen, aber nicht für breite Volksschichten Objekte des Glaubens und dauernden Vertrauens werden, wie es die Sozialdemokratie und das Zentrum erreicht haben; ohne sie kann man auch die Jugend nicht begeistern. Mögen die bürgerlichen Parteien sich Weltanschauungen schaffen, die sich mit den philosophischen Grundlagen des Sozialismus ernst auseinandersetzen, mögen sie es wieder lernen, politische Prinzipien konsequent zu durchdenken und an politische Ideale zu glauben! Dann wird das Bürgertum sehr wohl wieder politische Kräfte in Bewegung setzen können, die sich mit den proletarischen messen können. Unüberwindlich ist die Sozialdemokratie nicht: das zeigt der Weimarer Parteitag!



## Zur Rätefrage

Von Dipl. cam. O. Leibrock



ie Frage des Räteystems, die uns die Revolution als wichtigstes neues Moment gebracht hat, ist heute schon mächtig in die Salme geschossen und unausrottbar populär geworden. In ihm drückt sich ein Gemirr von himmelstürmenden Hoffnungen, von Enttäuschungen, von Verlangen und Abscheu aus. Im Werdegang des Gedankens in Deutschland lassen sich vier Epochen unterscheiden. Die erste umfaßt die Zeit vor dem 9. November 1918, in der sich im geheimen in den Kasernen und in den Betrieben räteähnliche Organisationen revolutionärer Persönlichkeiten zur Herbeiführung des Umsturzes gebildet haben; die Anfänge sollen schon vor die Zeit des Streiks im Jahre 1918 zurückreichen. — Die zweite Phase dauerte vom 9. November bis zum ersten Rätekongreß im Dezember 1918. Aus der ursprünglichen Forderung der Unabhängigen und Kommunisten: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ ist während dieser anderthalb Monate die Forderung nach Einberufung der Nationalversammlung geworden, die der erste Rätekongreß ausgesprochen hat. In der dritten Phase — bis zum zweiten Rätekongreß — hat dann der Rätegedanke unter der Arbeiterschaft wieder an Einfluß gewonnen. Noch am 26. Februar erklärte die Regierung amtlich: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran, das Räteystem in die Verwaltung oder in die Verfassung aufzunehmen.“ Am 5. März zeigte sie sich jedoch bereit, die Arbeiterräte als Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse anzuerkennen und in der Verfassung zu verankern. Der Schlüssel zu der schnellen Wandlung lag allein auf den Straßen Berlins. Die nach Weimar delegierten Mitglieder des Arbeiterkongresses willigten ein, als Preis für dieses Regierungsversprechen den Generalstreik zu beenden. Somit war die Schaffung der Arbeiterräte endgültig anerkannt.

Der Zusage auf Erfüllung dieser Forderung ist schnell die Tat gefolgt. Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung haben zur Annahme eines Artikels 34a der Reichsverfassung geführt, in dem die Forderungen als ewige Grundgesetze des deutschen Volkes enthalten sind. Danach bleibt die politische Einflußnahme ausgeschaltet. Zwei Systeme werden eingeführt, neben dem System des Betriebs-, Bezirks- und Reichs-Arbeiterrats, das der gemischten Wirtschaftsräte (Bezirkswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat). Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs-